

15.11.18

Gesetzesantrag

**der Länder Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg,
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk

Schleswig-Holstein
Finanzministerium

Kiel, 15. November 2018

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Daniel Günther

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen haben beschlossen, dem Bundesrat den als Anlage beigefügten

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk *

zuzuleiten. Der Gesetzentwurf entspricht dem Gesetzentwurf des Bundesrates aus Drucksache 107/17 (Beschluss), der dem Grundsatz der Diskontinuität unterfallen ist.

* Von einem nochmaligen Umdruck wird abgesehen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der 972. Sitzung am 23. November 2018 zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Heinold